



SCHWEIZERISCHE FLÜCHTLINGSHILFE

ORGANISATION SUISSE D'AIDE AUX RÉFUGIÉS

ORGANIZZAZIONE SVIZZERA AIUTO AI RIFUGIATI

SFH OSAR

Mazedonien

Update: August 2003

Rainer Mattern

Bern, 7. August 2003

MONBIJOUSTRASSE 120 • POSTFACH 8154 • CH-3001 BERN
TEL 031 370 75 75 E-MAIL INFO@sfh-osar.ch
FAX 031 370 75 00 INTERNET <http://www.sfh-osar.ch>
PC-KONTO 30-16741-4 SPENDENKONTO PC 30-1085-7

MEMBER OF THE EUROPEAN COUNCIL ON REFUGEES AND EXILES  MITGLIED DER ZEW O



Impressum

HERAUSGEBERIN

 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH
Postfach 8154, 3001 Bern
Tel. 031 / 370 75 75
Fax 031 / 370 75 00
E-Mail: INFO@sfh-osar.ch
Internet: www.sfh-osar.ch
PC-Konto: 30-1085-7

AUTOR

Rainer Mattern

ÜBERSETZUNG

Sylvain Bauhofer


SPRACHVERSIONEN

deutsch, französisch

PREIS

Fr. 22.-- inkl. 2,4 % MWSt., zuzgl. Versandkosten

COPYRIGHT

© 2003  Schweizerische Flüchtlingshilfe, Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Politische Situation	2
	2.1 Parlamentarische Wahlen 15. September 2002.....	2
	2.2 Militärische Präsenz der internationalen Gemeinschaft:	2
	2.3 Umsetzung des Ohrid-Abkommens.....	3
	2.3.1 Albanischer Anteil in der Administration.....	3
	2.3.2 Albanisch als zweite Amtssprache	5
	2.3.3 Gemeinsamer Schulunterricht.....	5
3	Sicherheitslage	6
	3.1 Innere Sicherheit	8
	3.1.1 Polizeikräfte.....	8
	3.1.2 Militärdienst, Verweigerung, Amnestie	9
	3.2 Albanische Untergrundarmee AKSh.....	10
4	Menschenrechtssituation	12
	4.1 Polizeihaft	12
	4.2 Justizsystem.....	12
	4.3 Korruption	13
	4.4 Weitere Menschenrechtsfragen	13
5	Sozio-ökonomische Situation	14
6	Humanitäre Situation	15
	6.1 Ethnische Minderheiten.....	15
	6.1.1 Zensus	15
	6.1.2 Roma.....	16
	6.2 Intern Vertriebene.....	17
	6.3 Flüchtlinge aus Kosovo	18
	6.4 Medizinische Situation	19
	6.5 Ausbildung	20
7	Zusammenfassung	21
	Anhang (Links)	22

1 Einleitung

Mazedonien ist immer noch ein zutiefst gespaltenes Land. Slawische und albanische MazedonierInnen leben in verschiedenen Welten. Das Klima ist von Misstrauen bestimmt, die Zugehörigkeit zur eigenen Gruppe überdeckt das Gefühl einer staatsbürgerlichen Identität. Spannungen werden durch zahlreiche gewaltsame Zwischenfälle und durch Verlautbarungen extremer Kräfte beider Bevölkerungsgruppen angeheizt. Der ungelöste Status Kosovos gilt als Grund für einen möglichen weiteren Konflikt in der Region. Die slawisch-mazedonische Seite befürchtet, dass die im Friedensabkommen von Ohrid vom August 2001 vorgesehenen Veränderungen nur ein Vorspiel für eine mögliche Abtrennung der albanisch besiedelten Regionen oder eine Einverleibung in ein Gross-Albanien oder Gross-Kosovo sein könnten. Sie stützt ihre Befürchtung auch auf demographische Trends, die eine schnellere Zunahme der albanischen Bevölkerung andeuten. Ein Indiz für die Spaltung zwischen Mehrheit und Minderheit ist die fehlende Bereitschaft der ethnischen MazedonierInnen, in die albanisch besiedelten Teile im Westen Mazedoniens zu reisen.

Mit dem Friedensabkommen von Ohrid war es unter internationaler Vermittlung gelungen, die Kämpfe zu beenden. Dieses Abkommen wird gerne als Erfolgsstory europäischer Ausenpolitik gefeiert: Der Ausbruch eines Krieges wurde verhindert. Das ist anzuerkennen. Doch ist Mazedonien von verlässlicher Stabilität immer noch weit entfernt und die Unzufriedenheit mit der Umsetzung und den Folgen des Abkommens nehmen zu. Im Westen Mazedoniens haben kriminelle Banden die Kontrolle, und zu den schwierigsten Aufgaben der Regierung gehört es, staatlichen Einfluss zurückzugewinnen und gegen das Zusammenspiel von organisierter Kriminalität und militanten Aktivitäten vorzugehen.

Mit der albanischen Regierungsbeteiligung muss die Verantwortung für den gemeinsamen Staat wachsen. Das bedeutet, dass auch albanische Staatsbürger Teil der Polizei und Sicherheitskräfte werden, dass sie Beschäftigung im öffentlichen Sektor finden, bisher eine Domäne der slawisch-mazedonischen Mehrheit, und dass sie in Westmazedonien Steuern bezahlen. Die Überwindung der politischen Teilung und die Umkehrung des ökonomischen Niedergangs sind die grössten Herausforderungen, denen Mazedonien gegenüber steht.

Die Mehrheit der albanischen Bevölkerung wünscht Umfragen zufolge eine friedliche Lösung des Nationalitätenkonflikts, auch wenn das Ohrid-Abkommen eher als Instrument auf dem Weg zur Selbstverwaltung gesehen wird. Tendenzen, das Land in einen ethnisch-mazedonischen und einen albanischen Teil zu trennen, sind momentan politisch nicht mehrheitsfähig. Doch gibt es Kräfte, die sich für eine zementierte Trennung stark machen, so die Exponenten der augenblicklichen Opposition und früheren Regierung, der ehemalige Regierungschef Georgievski von der VRMO/DPMNE¹ und der einstige albanische Koalitionspartner Arben Xhaferi von der DPA², die genau dies fordern. Seitens der Regierungskoalition und der internationalen Gemeinschaft wurden derartige Planspiele als Ruf nach Krieg, jedenfalls als Gefahr für die Stabilität in Mazedonien interpretiert.³

In der Schweiz trat am 1. August 2003 ein Beschluss des Bundesrates in Kraft, mit dem unter anderem auch Bosnien-Herzegowina und Mazedonien in die Liste der verfolgungssicheren Staaten, der so genannten "Safe Countries" aufgenommen wurde.

¹ VMRO steht für innermazedonische revolutionäre Organisation, DPMNE bedeutet Demokratische Partei für mazedonische nationale Einheit.

² DPA oder PDSH: Demokratische Partei der Albaner.

³ Macedonia: Storm over Opposition Resignations, IWPR, 25.4.2003.

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe hat diesen Beschluss im Hinblick auf die instabile Situation in diesen beiden Ländern kritisiert.⁴

Das vorliegende Update setzt die Reihe von Publikationen der SFH fort, welche die Situation in Mazedonien zum Gegenstand hat.⁵ Die **Entwicklungen in Mazedonien in den Jahren 2001 und 2002** sind dort dargestellt; es wird darauf in diesem Update nur soweit nochmals Bezug genommen, als ihre Darstellung zum Verständnis der Aktualität notwendig ist.

2 Politische Situation

2.1 Parlamentarische Wahlen 15. September 2002

Die Neuwahlen endeten mit einer Niederlage der regierenden VMRO-DPMNE und ihres albanischen Koalitionspartners DPA.⁶ Die ehemalige Regierung wurde sowohl für ihre Korruption, ihren kriegstreiberischen Ansatz in der Behandlung ethnischer Spannungen und die offensichtliche Unfähigkeit, die Wirtschaftsmisere zu überwinden, abgestraft. Der Kampf gegen Korruption und organisiertes Verbrechen hatte sich prominent in der Rhetorik der beiden Herausforderer, der sozialdemokratischen Union (SDSM-LDP) und der Demokratischen Union für Integration (DUI) gefunden. Sie versprachen, sich effektiv für die Umsetzung des Abkommens von Ohrid einzusetzen. Nach den Parlamentswahlen im September wurde die bisherige Regierung von einer Koalition unter Führung des sozialdemokratischen Bündnisses (60 Sitze, Premierminister Branko Crvenkovski) und der albanischen DUI von Ali Ahmeti (16 Sitze) abgelöst. Das Parlament stimmte am 1. November 2002 der ironisch als "Guns and Roses" bezeichneten Koalitionsregierung zu. Alle KommentatorInnen waren sich jedoch einig, dass Mazedonien erst ganz am Anfang eines langen Prozesses wirtschaftlicher Erholung, Stärkung staatlicher Institutionen und der Integration in europäische Strukturen steht.⁷

2.2 Militärische Präsenz der internationalen Gemeinschaft:

Die mazedonische Regierung anerkannte, dass die Situation im Land nicht ausreichend stabil ist und entschied am 11.11.2002 formell, dass auch nach dem 15. Dezember 2002 die Notwendigkeit einer internationalen Präsenz bestand.

Im August 2001 waren 4600 NATO-Soldaten im Rahmen der Mission *Essential Harvest* nach Mazedonien entsandt worden, es folgten die NATO-Operationen *Amber Fox* und *Allied Harmony*. Die Truppen trugen dazu bei, dass internationale Organisationen sicher arbeiten konnten und 95 Prozent der im Konflikt vertriebenen Personen wieder heimkehren konnten. Ende März 2003 übergab die NATO diese Aufgabe aufgrund eines offiziellen Ersuchens der mazedonischen Regierung der Europäischen Union. Die EUFOR-Truppe, die NATO-Planungskapazitäten und NATO-Infrastrukturen nutzt, setzt sich aus 350 Soldaten aus ver-

⁴ Rainer Mattern, Jürg Schertenleib, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien als Safe Countries, SFH, 31.7.2003; Medienmitteilung der SFH vom 31.7. 2003.

⁵ Zuletzt erschienen: Florian Blumer, Mazedonien, Lageübersicht, SFH Oktober 2002 – Update; Rahel Bösch, Mazedonien, Lageübersicht, SFH Juni 2001.

⁶ Eine Darstellung der politischen Parteien Mazedoniens findet sich bei Florian Blumer, Lageübersicht, SFH Oktober 2002, Anhang 2.

⁷ NZZ, 30.5.2003.

schiedenen Staaten zusammen. Sie soll die Grenzen zu Kosovo überwachen, den politischen Reformprozess sichern und die internationalen Beobachter der EU und der OSZE, welche die Einhaltung des Ohrid-Abkommens überwachen, militärisch absichern. Die Truppen der *Operation Concordia* haben ihr Hauptquartier in Skopje und setzen sich im übrigen aus 22 mobilen Einheiten zusammen, die über das ganze Land verteilt sind. Der Auftrag gilt bis Ende des Jahres, doch zeigen die Ausbrüche interethnischer Gewalt, dass Mazedonien noch nicht stabil ist, so dass eine Fortsetzung der internationalen militärischen Präsenz zu erwarten ist.⁸

2.3 Umsetzung des Ohrid-Abkommens

Die Umsetzung des Ohrid-Abkommens gilt allgemein als Massstab für eine friedliche Entwicklung in Mazedonien.⁹ Sämtliche im Ohrid-Abkommen vorgesehenen Veränderungen haben interethnische Aspekte.¹⁰ Auch wenn das Parlament den grössten Teil der im Abkommen vorgesehenen Gesetzgebung zur Sicherung der zivilen Rechte der albanischen Minderheit verabschiedet hat, müssen doch noch Gesetze zur Dezentralisierung der Macht angenommen werden. Die Verantwortung für öffentliche Dienste wie ländliche/städtische Planung, Umweltschutz oder lokale ökonomische Entwicklung sollen an die örtlichen Verwaltungen delegiert werden. Das ganze Gesetzespaket soll bis zum Jahr 2004 verabschiedet sein.

Mazedonien ist stark zentralisiert, die Gemeindeautonomie ist gering. Dieser Umstand war der Identifikation der albanischen Minderheit mit dem Gesamtstaat abträglich und deswegen war die Forderung nach einer Dezentralisierung für die albanische Seite wesentlich. Gerade die geplante Dezentralisierung hat bei ethnischen MazedonierInnen die Furcht vor einer Spaltung des Landes ausgelöst. Dezentralisierungsprozesse sind komplizierte und langfristige Vorgänge, selbst in monoethnischen Staaten. Noch gibt es Unklarheiten in vielen Details. Vor allem bezüglich der Grundarchitektur des Staates, der Autonomie der lokalen Regierungen, der Investitionen in ein albanisches Erziehungssystem und einer besseren Akzeptanz von AlbanerInnen in der Beschäftigung im öffentlichen Sektor bestehen unterschiedliche, wenn nicht sogar entgegen gesetzte Erwartungen beider Seiten. Deswegen hat die geplante Dezentralisierung auch noch kaum begonnen.¹¹ Diese Dinge waren schon während der 1990er-Jahre auf dem Tisch, jedoch hoffen die AlbanerInnen nun auf eine rasche Entwicklung und eine aktive Rolle der EU.

Die drei folgenden Beispiele sollen zeigen, auf welche **Schwierigkeiten die Implementierung des Abkommens** und das angestrebte gleichberechtigte und friedliche Nebeneinander der beiden grössten ethnischen Gemeinschaften stossen und welcher Preis zu zahlen ist.

2.3.1 Albanischer Anteil in der Administration

Das Rahmenabkommen von Ohrid sieht vor, dass in Polizei und Administration der Anteil der AlbanerInnen proportional zu erhöhen ist.

⁸ IWPR, Macedonia: Ohrid two years on, 19.8.2003.

⁹ Zu den zentralen Punkten des Abkommens: Florian Blumer, Mazedonien, Lageübersicht Oktober 2002 – Update, SFH, Oktober 2002, S. 4.

¹⁰ PER (Project on Ethnic Relations), Albanians and their Neighbours: Is the status quo acceptable? 15.11.2002, S. 27.

¹¹ IWPR, Macedonia: Ohrid two years on, 19.8.2003.

Für die ökonomischen Verhältnisse zwischen den beiden grössten Volksgruppen war in der Vergangenheit die albanische Massenmigration in die europäischen Länder wesentlich. Die AlbanerInnen nahmen die Migrationsroute, die slawischen MazedonierInnen nicht. Das hatte Einfluss auf die ökonomische Entwicklung Mazedoniens, bedeutete vor allem auch, dass in der öffentlichen Verwaltung und den öffentlichen Unternehmen vor allem slawische MazedonierInnen beschäftigt waren. AlbanerInnen sind eher im Kleingewerbe und Handel tätig. Der Druck der internationalen Finanzinstitutionen auf die mazedonische Regierung, die öffentlichen Ausgaben zu beschränken, ist gross. Ende April 2003 wurde ein Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds getroffen. Dieser will der Regierung mit 28 Millionen Euro unter die Arme greifen, verlangt aber im Gegenzug eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und eine Reduktion des staatlichen Budgetdefizits von derzeit 5,7 Prozent auf 2,5 Prozent des Bruttosozialprodukts. Der grösste Arbeitgeber des Landes, die aufgeblähte, fast 130'000 Personen zählende Verwaltung, soll auf 70'000 Angestellte oder weniger reduziert werden – dies bei einer Arbeitslosigkeit von mindestens 35 Prozent.¹² Diese Vorgaben bedeuten, dass zunächst der ethnisch-mazedonisch dominierte Staatsapparat personell massiv reduziert wird und dem Ohrid-Abkommen entsprechend prioritär AlbanerInnen eingestellt werden müssen. Politisch ist das brisant für die sozialdemokratische Union. Angesichts der Vertiefung der ökonomischen Krise wird vor allem die politisch einflussreiche Mittelklasse darauf bestehen, dass die Beschäftigung der ethnischen MazedonierInnen im öffentlichen Sektor geschützt wird. Die Regierung wird bei der Umsetzung dieser Massnahmen auf jeden Fall von slawisch-mazedonischer Seite kritisiert werden. Dass die Veränderungen zu langsam geschehen, ist bereits jetzt schon Gegenstand ständiger Kritik der albanischen Seite.

Am Beispiel der Region Kicevo heisst das: Eine angemessene Repräsentation der AlbanerInnen in der öffentlichen Verwaltung würde bei circa 870 staatliche Stellen bedeuten, dass AlbanerInnen mehr als 400 Stellen erhalten müssten.¹³ Das wären drei mal so viel wie sie derzeit innehaben; viele AlbanerInnen, die für solche Stellen aufgrund ihrer Ausbildung in Frage kommen könnten, leben im Ausland. Zudem müsste die Zahl der MazedonierInnen in der öffentlichen Verwaltung reduziert werden, dies in einer Situation ohnehin grosser Arbeitslosigkeit. Rasche Entlassungen von Angehörigen der Bevölkerungsmehrheit können einen ernsthaften politischen Rückschlag bedeuten. Um die Balance zu korrigieren, müssen natürliche Abgänge von MazedonierInnen mit positiver Diskriminierung zugunsten der AlbanerInnen kompensiert werden und das über viele Jahre hinweg. Es kann nach Prognosen internationaler Organisationen eine Generation brauchen, bis eine angemessene Repräsentation der AlbanerInnen erreicht ist.¹⁴ Das widerspricht aber deren Erwartungen auf eine schnelle Umsetzung des Abkommens und bringt die albanische Führer in die Situation, ihrer Klientel erklären zu müssen, dass die Ziele nur über langfristige Massnahmen zu erreichen sind. Die slawisch-mazedonische Regierungspartei muss hingegen künftigen HochschulabsolventInnen erklären, dass in einem Umfeld, in dem 48 Prozent der Personen unter Dreissig überhaupt nicht angestellt werden und die Zahl von ausgebildeten Arbeitslosen zunimmt, bei Neuanstellungen in die öffentliche Verwaltung AlbanerInnen bevorzugt werden.¹⁵

¹² NZZ, 30.5.2003.

¹³ European Stability Initiative, Ahmetis Village, The political Economy of Interethnic Relations in Macedonia, 1.10.2002, S. 28.

¹⁴ European Stability Initiative, Ahmetis Village, a.a.O.

¹⁵ European Stability Initiative, Ahmetis Village, a.a.O.

Um eine ethnische Balance bei der mazedonischen Polizei zu erreichen, muss die Zahl der ethnisch-mazedonischen Polizisten um 2300 herabgesetzt und die Zahl der Albaner um 1700 erhöht werden.¹⁶ Auch das ist nicht sofort zu realisieren.

Dieses Beispiel zeigt: Je mehr AlbanerInnen eingestellt werden und je mehr slawische MazedonierInnen die Beschäftigung verlieren oder von ihr ausgeschlossen werden, um so mehr Frustration und Druck werden sich auf der slawisch-mazedonischen Seite aufbauen. Je langsamer dieser Prozess verläuft, um so ungeduldiger wird die albanische Seite reagieren. Angesichts der unterschiedlichen Erwartungen und Interessen der beiden grossen Volksgruppen und der Attraktivität extremer Positionen, die auf eine weitere Spaltung beider Seiten abzielen, sehen sich sowohl die Regierungsparteien wie auch die beteiligten europäischen Institutionen vor enormen Herausforderungen. Es ist wahrscheinlich, dass die bestehenden Spannungen zwischen Mehrheit und Minderheiten weiter bestehen. Es würde auch nicht überraschen, würden sie sich verstärken.

2.3.2 Albanisch als zweite Amtssprache

Nach dem Ohrid-Abkommen ist Albanisch als zweite Amtssprache in den Gemeinden und Kreisen, in denen mehr als 20 Prozent der Bevölkerung albanischen Ursprungs sind, einzuführen. Diese Regelung ist an sich unbestritten. Die Staatsangestellten sprechen jedoch kaum albanisch, so dass die Erfüllung dieser Forderung erst dann möglich sein wird, wenn AlbanerInnen signifikant in diesen Gremien vertreten sind. Formelle Anforderungen in einem Vertragstext, die albanische Sprache in der Administration und in den Parlamenten zu berücksichtigen, sind das eine. Viel schwerer wird es sein, zu akzeptieren, dass slawisch-mazedonische Angestellte Platz für albanisch Sprechende machen müssen oder dass die Ausweitung der Sekundarschulung auf Albanisch auf Kosten anderer wichtiger Bereiche geht. Differenzen gibt es unter den albanischen Parteien selbst, ob etwa bei Sitzungen der Parlamentsausschüsse der Gebrauch der albanischen Sprache entzogen werden darf oder nicht,¹⁷ ferner in der Frage, ob Albanisch im Parlament nur mündlich gebraucht werden kann oder auch im schriftlichen Verkehr.¹⁸ Es gibt jedoch einzelne Fortschritte: Persönliche Dokumente können in Albanisch ausgestellt sein und die lange kontroverse albanische Universität in Tetovo wird legalisiert und staatlich finanziert.¹⁹

2.3.3 Gemeinsamer Schulunterricht

Semsevo ist ein Dorf östlich von Tetovo, dessen Schule bis im Herbst 2002 von 300 albanischstämmigen und 200 mazedonischstämmigen SchülerInnen besucht worden war. Im September gab der Schuldirektor eigenmächtig der Schule den Namen eines albanischen Pädagogen, die Schule war bis dahin nach einem mazedonischen Patrioten benannt gewesen. Die MazedonierInnen protestierten und schickten ihre Kinder in ein Nachbardorf zum Unterricht. Die Proteste verbreiteten sich bis nach Skopje, wo Ausschreitungen mazedonischstämmiger SchülerInnen stattfanden. Die Regierung verurteilte die widerrechtliche Namensänderung, unter ihrer Vermittlung und der Mitwirkung von EU- und OSZE-Vertretern kam eine schriftliche Einigung zustande. Passiert ist jedoch seither nichts. Die Büste des albanischen Pädagogen steht noch immer auf dem Pausenplatz und die ethnisch-maze-

¹⁶ ICG, Moving Macedonia toward Self-Sufficiency: A new security approach for NATO and the EU, 15.11.2002, S. 6.

¹⁷ Kosova-Info-Line, 8.5.2003.

¹⁸ Freedom House, Freedom in the World, Macedonia, 2003.

¹⁹ IWPR, Macedonia: Ohrid two years on, 19.8.2003.

donischen Kinder gehen noch immer ins Nachbardorf zur Schule. Die an der Regierung beteiligte albanische DUI war nicht in der Lage, den Kompromiss gegen eine kleine radikale Gruppe durchzusetzen. Ahmetis Partei, die sich in kurzer Zeit von einer Guerillatruppe zu einer Regierungspartei mausern musste, sieht sich auch in diesem Fall unerfüllbaren Erwartungen gegenüber.

Die albanischen WählerInnen wollen eine kraftvoll auftretende DUI sehen, die innerhalb kurzer Zeit die in Ohrid beschlossenen Reformen durchsetzt und mehr AlbanerInnen in den Staatsdienst bringt. Dafür müsste der aufgeblähte Apparat MazedonierInnen entlassen. Die Unerfahrenheit der frischgebackenen DUI-PolitikerInnen und ihr wenig kämpferisches Auftreten bieten der inneralbanischen Opposition willkommene Angriffsflächen. Eine häufig gehörte Meinung in Tetovo lautet: Die DUI von Ali Ahmeti lässt uns im Stich; es gibt keine Arbeit für AlbanerInnen, und ihre Minister lassen sich vom mazedonischen Koalitionspartner über den Tisch ziehen.²⁰ Die Unzufriedenheit gründet sich vor allem auf die bisher vergebliche Hoffnung, die wirtschaftliche Situation der AlbanerInnen werde sich rasch verbessern. Eine im April 2003 durchgeführte Meinungsumfrage zeigte schon einen deutlichen Einbruch der Popularität der DUI, zugleich eine wachsende Zustimmung zu den oppositionellen albanischen Parteien.²¹

3 Sicherheitslage

Die von den internationalen Sicherheitsorganisationen eingeleiteten Programme zur Reform der mazedonischen Sicherheitsorgane, der Polizei und der Armee, brauchen Zeit, bis sie wirken können. Sicherheitsfortschritte waren in der Vergangenheit überhaupt nur möglich durch die Zusammenarbeit der NATO, der Vereinigten Staaten und der EU. Die Kooperation der internationalen Organisationen bleibt entscheidend für die Übergangsphase, die erst begonnen hat. Sie entsprach einem ausdrücklichen Wunsch der mazedonischen Regierung in Kenntnis der eigenen Limiten und ermöglichte wenigstens eine relative Sicherheit, so dass der weitaus grösste Teil der während des Konflikts Vertriebenen zurückkehren konnte.

Die Zahl der Gewaltakte war in den letzten Monaten eher rückläufig, doch bleibt die Lage weiter gespannt. Sprengstoffanschläge und Schiessereien mit teils tödlichem Ausgang sind vor allem im Westen des Landes keineswegs selten. Bei einem Anschlag im März 2003 waren zwei polnische Soldaten des NATO-Kontingents ums Leben gekommen. In diesem Zusammenhang erfolgte Verhaftungen albanischer Verdächtiger und deren angebliche Misshandlungen führten zu einer Koalitionskrise, weil albanische Regierungsmitglieder vom Vorgehen der Polizeistellen nicht informiert worden waren.²² Entlang der Grenze mit Kosovo und Serbien wurden zuletzt im Juni 2003 mazedonische Grenztruppen in Alarmbereitschaft versetzt, nachdem ein mazedonischer Soldat getötet und ein anderer schwer verletzt worden war, als ihr Panzerwagen über eine Landmine gefahren war. Etwa zur gleichen Zeit wurde ein Albaner erschossen, der offensichtlich Waffen schmuggeln wollte und es starb ein mazedonischer Soldat in Skopje bei einer Bombenexplosion.²³

²⁰ NZZ, Altpolitiker als Scharfmacher in Mazedonien, 30. Mai 2003.

²¹ FAST Update, Macedonia May – July 2003, Swisspeace.

²² Monitordienst der deutschen Welle, 30.5.2003.

²³ Caritas Network, Update 20.6.2003.



Die regional unsichere Lage spiegelt sich auch in den aktuellen **Reisehinweisen des EDA** wider, die zu Mazedonien folgendes ausführen²⁴:

*Zwischen der slawo-mazedonischen und der albanischen Bevölkerung bestehen in ethnisch gemischten Gebieten latente Spannungen. **Von Reisen in die Gebiete um Tetovo und von dort entlang der Nordgrenze bis Kumanovo wird abgeraten.** Banditentum (Raubüberfälle) und Schmuggelbanden machen die **unmittelbaren Grenzregionen zu Albanien** (vor allem in der Region von Debar) zusätzlich unsicher. Beachten Sie die üblichen Vorsichtsmassnahmen gegen Kleinkriminalität und meiden Sie Demonstrationen und Kundgebungen jeder Art.*

Die Bevölkerung in der Region Tetovo ist ungeachtet der Waffenabgabe im Rahmen der Aktion "Essential Harvest", bei der vor allem alte Waffen eingesammelt worden waren, bis an die Zähne bewaffnet. Es wurden während und nach dem Krieg alle möglichen Waffen geschmuggelt. In Polizeikreisen wird behauptet, die AKSh (albanische Nationalarmee, engl. ANA) verstecke 50'000 Waffen, darunter auch schwere Waffen wie Minenwerfer und Handraketenwerfer.²⁵ Die Zahl der illegalen Waffen im ganzen Land wird auf 500'000, zum grössten Teil aus Albanien stammend, geschätzt.²⁶ Nach einer inoffiziellen Statistik wurden von Januar bis Oktober European Stability Initiative, Ahmetis Village, The political Economy of Interethnic Relations in Macedonia, 1.10.2002, S. 28. 2002 64 Albaner und fünf ethnische Mazedonier in der relativ kleinen Region Tetovo niedergeschossen.²⁷

Kidnappings waren bis zum Ausbruch des Konflikts vor zwei Jahren nahezu unbekannt. Im Westen Mazedoniens kommt es inzwischen jedoch häufig zu Entführungen, in einzelnen Fällen mit Todesfolge. Meist werden die Opfer nach Lösegeldzahlungen freigelassen. Sowohl Opfer als auch Kidnapper sind Albaner. Nach dem bewaffneten Konflikt im Jahr 2001 war die Polizei in die nordwestlichen Teile des Landes zurückgekehrt, die früher unter der Kontrolle der Rebellen standen. Ethnisch gemischte Patrouillen wurden als vertrauensbildende Massnahmen in den Krisengebieten eingesetzt. Jedoch geschehen die Entführungen genau dort. Die DPA behauptet, die heutige Regierungspartei DUI stecke hinter diesen Taten, die Entführungen richteten sich nämlich vor allem gegen Kinder von Exponenten der DPA. Die DUI bestreitet jede Verwicklung in die Entführungen. Die mazedonische Regierung weigert sich, in diesen Krieg der Worte zwischen den beiden Albanerparteien einzugreifen und hat die Entführungen als Taten von Gangstern gebrandmarkt und einen ausschliesslich kriminellen Hintergrund betont. Nach der Einschätzung von Beobachtern zeigen diese Zwischenfälle das Ausmass der Unfähigkeit der Behörden, das Gesetz in dieser Region durchzusetzen.²⁸ Obwohl die Regierung unter starkem Druck steht, in Westmazedonien durchzugreifen, zögert sie, weil das die albanische Bevölkerung gegen sie aufbringen und die Regierungskoalition gefährden könnte. Auch ethnisch gemischte Polizeiteams werden als unwillkommene Aussenseiter wahrgenommen. Kriminelle nützen die vorhandenen Spannungen aus, um der Justiz zu entgehen. Die Durchsetzung der Gesetze ist für die Regierungspartei DUI, in ihr sind viele frühere UCK-Kämpfer in massgeblicher Position, eine Schlüsselaufgabe. Als albanischer Teil der Regierung hat die Partei eine spezielle Verantwortung einerseits für die Sicherung der Stabilität in den früheren Konfliktgebieten und an-

²⁴ http://www.eda.admin.ch/eda/g/tool/cont_travad/mazed.p.html

²⁵ Deutsche Welle, Meldung vom 3.2.2003.

²⁶ International Action Network on Small Arms-News, Mises à jour sur l'Europe du Sud Est, Juin 2003.

²⁷ International Crisis Group, Moving Macedonia toward Self-Sufficiency: A new security approach for NATO and the EU, 15.11.2002.

²⁸ IWPR, Macedonia: Kidnappings unnerve Albanian Leaders, 12.5.2003.

derseits auch für die Erfüllung albanischer Erwartungen zur Verbesserung des Status der AlbanerInnen.

3.1 Innere Sicherheit

3.1.1 Polizeikräfte

Mazedoniens Sicherheitsinstitutionen – Polizei und Armee – gelten als schwach und reformbedürftig und vertrauen eher auf veraltete, ineffektive Taktiken.²⁹ Zwar findet eine breite Zusammenarbeit mit den internationalen Organisationen statt, doch benötigen viele der einzuführenden Sicherheitsprogramme Monate oder Jahre, bis sie funktionieren. Bis dahin kann Mazedonien durch Bestrebungen des organisierten Verbrechens, albanischer extremer Kräfte oder der Verlierer der Parlamentswahlen destabilisiert werden.

Die Zahl der ethnischen AlbanerInnen in der mazedonischen Polizei stieg deutlich an,³⁰ es werden jährlich drei Trainingsprogramme vom Innenministerium und der OSZE angeboten. NeubewerberInnen für diese Programme sind bis zu 80 Prozent AlbanerInnen. Daneben finden auch andere Minderheitenangehörige Zugang zu den Polizeitruppen. Ende Juli 2003 betrug die Zahl der neuen, vom Innenministerium und der OSZE ausgebildeten Polizisten 1270. Davon kommen über 1000 aus Minderheiten (einschliesslich der albanischen) und 15 Prozent sind weiblich.

Nachdem die VRMO-DPMNE geführte Regierung bei den letzten Wahlen die Macht verloren hatte, wurde die vom früheren Innenminister Boskovski gegründete paramilitärische Einheit der "Löwen" aufgelöst. Die Truppe war aus Personen mit Vorstrafenregistern oder mit Gefängniserfahrung gebildet worden. Von insgesamt 1000 Angehörigen dieser Truppe waren 850 vorbestraft, allerdings stand ein Teil der Truppe nur auf der Gehaltsliste und war nicht wirklich aktiv. Allein von November 2002 bis Anfang des Jahres 2003 war die Einheit in 70 Gewaltakte verwickelt, eingeschlossen Vergehen gegen Waffengesetze, Schlägereien, Tötungen und Überfälle auf Zivilisten. Nach Protesten wurden die "Löwen", soweit sie nicht schwerer Verbrechen angeklagt oder deshalb verurteilt waren, teilweise in die reguläre Polizei, teilweise in die "Tiger"-Polizeieinheit und zum Teil ins Militär integriert.³¹

Die Bildung von **ethnisch gemischten Polizeieinheiten** unter der Leitung der OSZE wird unterschiedlich beurteilt. Teilweise wird sie als erfolgreich, teilweise als kosmetische Übung angesehen. Ihre Aufgabe sind kurze Polizei-Visiten in Dörfern (insgesamt 140), die Schauplatz der bewaffneten Konflikte gewesen waren. Die Polizei ist jedoch nur während begrenzter Zeit in diesen Ortschaften, führt nur limitierte Aktivitäten aus und fürchtet um die eigene Sicherheit. Nachts ist sie in den Dörfern nicht präsent und konnte so auch Brandstiftungen an Häusern von Minderheitenangehörigen nicht verhindern. Sie kann nicht einmal Basis-Verkehrsaufgaben übernehmen, was einiges über die Gesetzlosigkeit in dieser Region aussagt. Die Bedrohung vor allem für isolierte ethnisch-mazedonische oder serbische Bevölkerungsteile ist noch immer gross, Verbrechen und Bandenaktivitäten haben in diesem Gesetzesvakuum eher zu- als abgenommen.

²⁹ International Crisis Group, a.a.O., Executive Summary.

³⁰ UK Home Office, 2002, state structures, S. 4.

³¹ IWPR, Macedonia: Lions Menace Ends, 28.1.03.

3.1.2 Militärdienst, Verweigerung, Amnestie

Der Militärdienst dauert 9 Monate und ist seit dem 30. Mai 2001 für alle Männer zwischen 17 und 55 Jahren obligatorisch. Ein Ersatzdienst, der 14 Monate dauert, ist vorgesehen und kann innerhalb von zwei Wochen nach der Einberufung von Dienstverweigerern beantragt werden. Ethnische Albaner sind nicht von der Verpflichtung zum Militärdienst ausgenommen. Es kam jedoch zu Verweigerungen in Lipkovo (Region Kumanovo), den Erhalt von Einberufungsbefehlen zu unterschreiben. Als Grund wird Angst vor möglicher Schikanie oder Belästigung in Regionen, in denen die albanischen Pflichtigen nicht der ethnischen Mehrheit angehören, angegeben. Albanische Medien haben über Probleme, denen Albaner bei der Ableistung des Militärdienstes ausgesetzt sein können, berichtet.³² Meist ging es um Probleme betreffend den Gebrauch der albanischen Sprache und Provokationen seitens der Soldaten, insbesondere seitens der Angehörigen von Spezialeinheiten.

Die Aufgebote zum Militärdienst erlässt die für den Wohnort des Aufgeborenen zuständige Abteilung des Verteidigungsministeriums. Befolgt der Aufgeborene die Vorladung nicht, kontaktiert das Verteidigungsministerium den Staatsanwalt, der Anklage zum Gericht erhebt. Die Vorladung zum Strafverfahren erfolgt durch das Gericht. Das Innenministerium selbst erlässt keine Vorladungen, kann jedoch daran beteiligt sein, den Vorgeladenen physisch vor Gericht zu bringen.³³

Seit der 1991 gewonnenen Unabhängigkeit waren Albaner proportional wenig am Militärdienst beteiligt. Während des bewaffneten Konflikts im Jahr 2001 folgten nur wenige dem Aufruf und es kam zu zahlreichen Verweigerungen von albanischen Soldaten, die nicht gegen die UCK kämpfen wollten. Durch das Ohrid-Abkommen und den Regierungswechsel im September 2002 hat sich die Situation verändert. Im Januar 2002 betrug der Anteil albanischer Soldaten gerade 0,8 Prozent der Armeeangehörigen, stieg bis April 2002 auf 4,2 Prozent und verdoppelte sich bis Oktober 2002. Doch selbst ein Anteil von mittlerweile geschätzten 10 Prozent bedeutet noch nicht die Hälfte des proportionalen Anteils. Nur 2,5 Prozent der Offiziere sind Albaner, eine Quote, die auf 4,5 Prozent angehoben werden soll. Zugleich gibt es einen Trend, dass sich albanische Offiziere mit der Begründung aus der Armee zurückziehen, sie seien über Jahre hinweg nicht befördert worden.

Die Verstärkung der Zahl albanischer Soldaten in den Streitkräften ist eines der Hauptziele des Ohrid-Abkommens. Noch sind wenige Albaner in die Ausbildungs- und Trainingsprogramme der Armee einbezogen, die von den NATO-Staaten als Bestandteil von Beitrittsplänen für das Jahr 2007 angeboten werden. Die Harmonisierungspläne der NATO sehen scharfe Personalkürzungen vor, die wohl vor allem die ethnischen Mazedonier treffen werden. Von 700 Offizieren, 950 Zivilangestellten und 650 Angestellten des Verteidigungsministeriums, die bis 2007 entlassen werden sollen, werden nahezu alle slawisch-mazedonischer Zugehörigkeit sein. Dadurch, so die Offiziellen, soll sich der Anteil der Angehörigkeiten der Minderheiten drastisch erhöhen.³⁴

Die DUI forderte die albanische Bevölkerung auf, positiv auf Vorladungen zum Militärdienst zu reagieren, weil dies ein erster Schritt zur gleichberechtigten Teilnahme im Bereich der Sicherheit sowie zu vertrauensbildenden Massnahmen sei.³⁵

³² UNHCR Österreich, Stellungnahme gegenüber dem Bundesasylsenat vom 30. Oktober 2002

³³ Auskunft OSCE Skopje vom 20.12.2002.

³⁴ IWPR, Albanians drop boycott of macedonian army, 15.11.2002.

³⁵ Deutsche Welle, Meldung vom 7.4.2003.

Im März 2002 wurde eine **Amnestie** für alle am Konflikt Beteiligten erlassen. Ausgenommen waren lediglich Personen, denen Kriegsverbrechen zur Last gelegt wurden, die in die Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag fielen. Die Amnestie gilt auch für Vorbereitungshandlungen, die vor dem 1. Januar 2001 getätigt wurden und erstreckt sich über den Friedensschluss vom 13. August 2001 hinaus für Delikte, die im Zusammenhang mit dem Konflikt stehen, bis zum 16. September 2001.

Im Zuge der Amnestie kamen 54 Gefangene frei und es wurden Hunderte von Verfahren gegen frühere UCK-Kämpfer und Helfer eingestellt.³⁶ Die Anklagebehörde forderte in fünf Fällen die Übertragung der Gerichtsbarkeit von der mazedonischen Justiz an das Haager Tribunal. Vier der Verfahren hatten mutmassliche Übergriffe der UCK zum Gegenstand, das fünfte stand mit der Tötung von mindestens sechs Albanern in Ljuboten in Zusammenhang, für die die Sicherheitskräfte verantwortlich gemacht werden.³⁷

Das Amnestiegesetz wurde anfangs auf beiden Seiten unterschiedlich interpretiert, was zu wachsenden Spannungen führte. Die Praxis war jedenfalls im Jahr 2002 widersprüchlich, da vom zweiten Gericht in Skopje neben den Freilassungen auch Anklagen wegen Kriegsverbrechen ausgefertigt wurden.³⁸ Vor Erlass der dazumal bereits angekündigten Amnestie war es zu Haftbefehlen gegen ehemalige UCK-Mitglieder gekommen. Einer dieser Haftbefehle richtete sich gegen Ali Ahmeti, den früheren Führer der UCK. Der Führer der damals noch in der Regierung vertretenen DPA, Arben Dxaferi, beklagte sich im Sommer 2002 darüber, dass es immer noch Verhaftungen früherer Mitglieder der UCK, sowie nicht zurückgezogene Anklagen gebe.³⁹ Um die Haft zu verlängern, bezichtigte die Polizei verschiedentlich frühere UCK-Kämpfer der Kriegsverbrechen.⁴⁰ Derartige Fälle häuften sich wieder besonders im Vorfeld der Parlamentsneuwahlen vom 15. September 2002. Am 5. Oktober 2002 wurde Sadulia Duraku verhaftet, ein ehemaliger UCK-Befehlshaber und Mitglied der DUI, der Partei von Ali Ahmeti. Die Anklage lautete auf Gefährdung der Souveränität des Staates, Hochverrat und Kriegsverbrechen, also Delikte, für die das Tribunal in Den Haag zuständig wäre. Duraku wurde nach zwei Tagen wieder freigelassen. Ende des Jahres 2002 existierten noch immer 80 Haftbefehle gegen mutmassliche UCK-Kämpfer.

Die Befürchtung, das Amnestiegesetz werde nicht eingehalten, ist unter der albanischen Bevölkerung weit verbreitet, eine konsequente Amnestierung für eine friedliche Entwicklung in Mazedonien ausschlaggebend. Wie weit die Befürchtungen auf albanischer Seite sich derzeit auf tatsächliche Vorkommnisse beziehen, ist aufgrund des vorliegenden Datenmaterials schwierig zu beurteilen. Während im Jahr 2002 mehrere Berichte auf Verstösse oder widersprüchliche Praktiken im Zusammenhang mit dem Amnestiegesetz hinwiesen, fehlen heute derartige Meldungen. Insgesamt scheint nach dem Regierungswechsel eine Verbesserung eingetreten zu sein.

3.2 Albanische Untergrundarmee AKSh (auch englisch ANA)

Auch wenn sich die UCK aufgelöst und einen Teil ihrer Waffen an die NATO übergeben hatte, setzten albanische Splittergruppen ihre Aktivitäten fort. Immer wieder finden sich Hinweise darauf, dass extreme albanische Gruppierungen in Mazedonien einen neuen militäri-

³⁶ US Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2002, Macedonia, 31.3.2003, S. 8.

³⁷ Amnesty International, Jahresbericht Mazedonien 2003, Berichtszeitraum 1.1. bis 31.12.2002, S. 2.

³⁸ US Department of State, a.a.O.

³⁹ MILS News, 22.7.2002.

⁴⁰ US Department of State, a.a.O. S. 6



schen Konflikt vorbereiten. In Mazedonien hat die albanische Untergrundarmee AKSh (engl. ANA) im Anfang des Jahres 2003 wie im Jahr zuvor eine Frühjahrsoffensive angekündigt; es wurden in den Dörfern um die mazedonische Albanermetropole Tetovo wiederholt junge Männer in Uniformen mit dem Emblem der AKSh gesichtet.⁴¹ Die Gruppe war nach dem Konflikt im Jahr 2001 entstanden und hatte für sich in Anspruch genommen, für die Tötung von zehn mazedonischen Soldaten auf der Strasse von Tetovo nach Skopje und auch für weitere Angriffe verantwortlich zu sein. Vermutungen gehen davon aus, dass es sich um frühere Kämpfer der UCK handelt, die mit dem Ohrid-Abkommen nicht einverstanden sind und gemeinsam mit Ablegern der ehemaligen südserbischen UCPMB⁴² diese neue angebliche Armee bilden.⁴³ Die AKSh selbst gibt an, ihre Kämpfer in den bergigen Gebieten im Norden und Nordwesten bei Skopje, Tetovo und Kumanovo zusammengezogen zu haben. Unbekannt sind Grösse und Struktur dieser Gruppen, zu den beiden angekündigten Offensiven ist es nicht gekommen. Klar scheint aber zu sein, dass die Aktivitäten koordiniert sind und dass in der Schweiz, Deutschland, Belgien, Kosovo und Albanien Geld gesammelt wird. Es wird vermutet, dass die AKSh primär von Kosovo aus operiert und dort ihre Rückzugsbasis und Kommandozentrale hat. Meldungen, dass bewaffnete Truppen aus Kosovo über die Grenzen nach Mazedonien gekommen sind, reissen nicht ab, zuletzt gab es sie im Juni 2003.⁴⁴ Die AKSh findet sich ebenso wie der frühere mazedonische Innenminister Ljube Boskovki und die beiden albanischen Mazedonier Xhevat Ademi und Nevzat Halili auf der "schwarzen Liste" der US-Regierung, die es dem US-Finanzministerium erlaubt, Vermögenswerte in den Vereinigten Staaten einzufrieren und US-Banken finanzielle Transaktionen mit diesen Gruppen oder Personen zu verbieten.⁴⁵ In Kosovo klagten UN-Behörden zwei der Mitgliedschaft in der AKSh verdächtige Albaner wegen "Terrorismus" an.

Die Aktivitäten der AKSh sind nicht nur eine Kampfansage an den Staat, sondern auch an den Führer der ehemaligen und aufgelösten UCK und Koalitionspartner in der aktuellen Regierung, Ali Ahmeti, den sie beschuldigt, die albanischen Interessen verraten zu haben. Eine Attacke auf Ahmetis Hauptquartier (drei Tote) wird diesem Umfeld zugerechnet. Die AKSh hält das Ohrid-Abkommen für irrelevant, ein multiethnisches Mazedonien für einen Staat ohne Existenzberechtigung und strebt eine "grossalbanische" Lösung an; sie möchte alle Gebiete mit albanischen Mehrheiten in Mazedonien und Montenegro mit Kosovo und Albanien vereinigen. Die militärische Strategie der AKSh zielt darauf, in Mazedonien die Sicherheitskräfte zu offener Repression gegenüber AlbanerInnen zu provozieren, die albanische Bevölkerung hinter sich zu bringen und für einen grösseren Konflikt zu mobilisieren. Die internationalen Organisationen in der Region sind besorgt und sehen in den Aktivitäten der AKSh eine Gefahr für die Stabilität in Mazedonien.

⁴¹ Die Welt: Die albanischen Rebellen formieren sich neu, 14.2.2003.

⁴² Albanische Guerillaarmee für die Befreiung von Presevo, Medvedja und Bujanovac.

⁴³ IWPR, Macedonia: Militants threaten Renewed Conflict, 3.3.2003.

⁴⁴ Le Courrier des Balkans, Macédoine : quel crédit accorder aux nouvelles menaces de l'Armée nationale albanaise, 8 juin 2003.

⁴⁵ Kosova-Info-Line, 2.6.2003.

4 Menschenrechtssituation

4.1 Polizeihaft

Die mazedonische Polizei setzt Menschen bei der Festnahme und in der Haft Misshandlungen aus. Berichte bestätigen, dass brutaler Einsatz von Schlägen mit Stöcken und Metallkabeln auf verschiedene Körperteile erfolgt. Daneben wird von Schlafentzug und Scheinhinrichtungen berichtet. Misshandlungen von inhaftierten Personen wurden auch in einem Bericht des CPT (European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment) nach einem Besuch in Mazedonien im Juli 2002 beklagt.⁴⁶ Diese Missstände sind seither nicht verschwunden. Die Übergriffe richten sich zwar gegen Angehörige aller Gemeinschaften. Dennoch hat die Behandlung eine ethnische Komponente, indem im Vorgehen gegen Minderheiten ethnische Zugehörigkeit oder muslimische Religion primäre Faktoren der Misshandlungen zu sein schienen. In den von Amnesty International untersuchten Fällen gab es keinen Grund oder Beweis dafür, dass die Opfer in illegale Aktivitäten verwickelt waren.⁴⁷ Es gibt in der Regel keine Garantie, dass Strafverfolgungsbehörden eine Untersuchung in Gang setzen, wenn sie Kenntnis von solchen Übergriffen haben. Vielmehr war trotz der Häufigkeit der Hinweise auf polizeiliche Folter oder Misshandlungen die Zahl der Untersuchungen gegen beteiligte Polizeioffiziere so selten, dass sie zu vernachlässigen ist. Alle von der Ombudsperson an die mazedonischen Autoritäten weitergeleiteten Fälle, wurden als unbegründet abgelehnt, obwohl es Evidenz für Richtigkeit dieser Anzeigen gab. Die Polizei informiert Verdächtige nur selten über ihr Recht auf anwaltliche Vertretung, und versucht auch Kontakte zu AnwältInnen zu behindern. Fälle von überlangen Haftzeiten durch die Polizei waren mangels korrekter Polizeiprotokolle schwierig nachzuweisen. Das verstärkt den Eindruck eines Klimas der Straf- und Rechtlosigkeit bei Festnahmen und Verhaftungen.

4.2 Justizsystem

Die Justiz ist generell schwach, korrumpiert und unter politischem Einfluss. Die mazedonischen Bürger vermeiden den Kontakt mit den Gerichten vor allem wegen der verzögerten Abwicklung der Verfahren, ferner, weil sie nicht auf eine faire und unparteiische Behandlung ihrer Anliegen durch die Justiz hoffen. Für die albanische Minderheit sind Gerichte mangels einer repräsentativen ethnischen Balance prinzipiell vorurteilsbehaftet. Es gibt zudem die verbreitete Auffassung, dass Gerichte direktem politischem Einfluss unterliegen, was auch darin seinen Grund findet, dass Richter in wenig transparenter Weise von Parlamentsausschüssen bestimmt werden und schlecht bezahlt sind.⁴⁸ Reformvorschläge zielen auf radikale Änderungen besonders im Bereich des Strafprozesses. Untersuchungen müssten nach diesen Vorschlägen von Staatsanwälten anstelle von Richtern geleitet werden, da die meisten Verzögerungen im vorgerichtlichen Stadium geschehen, in denen Richter bereits für die Untersuchungen zuständig sind. Der Direktor der *International Crisis Group* in Mazedonien, Edward Joseph, warnt jedoch davor, Defekte des Rechtssystem als primäre Ursache für die Verschleppungen zu sehen. Trotz der klaren Notwendigkeit von Reformen fehle es primär

⁴⁶ Report to the Government of "the former Yugoslav Republic of Macedonia" on the visit to FYROM by CPT from 15 to 19 July 2002, Strasbourg, 16.1.2003.

⁴⁷ AI, Former Yugoslav Republic of Macedonia. Police allegedly ill-treat members of ethnic minorities, 22.1.2003.

⁴⁸ Freedom House, Freedom in the World, Macedonia, 2003; US Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2002, Macedonia, 31.3.2003, S. 7.

am Willen und der Kompetenz, die "Fälle durchzuziehen".⁴⁹ Vor allem in den anstehenden Korruptionsprozessen gegen Repräsentanten der VMRO machen die Angeklagten von der Möglichkeit, durch Nichterscheinen die Verfahren hinauszuzögern, ausgiebig Gebrauch.

Die geplante Reform sieht vor, dass ein oberster Justizrat für die Wahl und die Abberufung der Richter zuständig wird. Die Praxis der langwierigen Korruptionsverfahren, die im Labyrinth der Justiz verschwinden, soll der Vergangenheit angehören. Ein Recht der Ermittlungsrichter und Staatsanwälte, aber auch anderer Beamter, Verfahren geheim zu halten, soll eingeschränkt werden, um zu verhindern, dass Akten verstauben oder verschwinden können.

4.3 Korruption

Korruption findet in Mazedonien in allen gesellschaftlichen Bereichen statt, ist aber vor allem auf der Regierungsebene endemisch. Kaum eine Dienstleistung ist immun gegen irgendeine Form der Bestechung. Korruption hält nicht nur den wirtschaftlichen Fortschritt auf, sondern nährt das organisierte Verbrechen und führt letztlich zu Instabilität im politischen Bereich. Untersuchungen von USAID im Jahr 2002 hatten den Schaden für die mazedonische Wirtschaft durch Korruption auf 200 Millionen US Dollar jährlich geschätzt. Das jährliche Staatsbudget liegt bei einer Milliarde.⁵⁰ Aufgrund einer Umfrage glauben vier Fünftel der MazedonierInnen, dass die Korruption unter Ministern, Abgeordneten und Zollbeamten am höchsten ist. Umgekehrt wurden auch gegen Repräsentanten der neuen Regierung bereits wieder neue Korruptionsvorwürfe erhoben.

Die Anti-Korruptions-Kampagne startete unmittelbar nach den Wahlen vom 15. September 2002. Der Leiter der regierungsgeführten Krankenversicherung und zugleich Generalsekretär der abgewählten VMRO-DPMNE wurde wegen Betrugs mit einer Schadenssumme von mehr als einer Million Euro verhaftet. Gegen den ehemaligen Zolldirektor wurde eine Untersuchung eingeleitet, die Direktorin des Katasteramts ins Gefängnis gesetzt. Weitere hochrangige Funktionäre wurden gleichfalls verhaftet. Die frühere Regierungspartei VMRO-DPMNE bezeichnete die Verhaftungen als Rachekampagne der aktuellen Regierung.

4.4 Weitere Menschenrechtsfragen

Statistiken von NGOs zeigen, dass jede vierte Frau schon physische Gewalt erlebte.⁵¹ Gewalt gegen Frauen innerhalb der Familie ist üblich. Das Strafrecht berücksichtigt häusliche Gewalt nicht und entsprechend kam es nicht zur Bestrafung der Gewalttaten.

Eine Untersuchung des Helsinki-Committee ergab, dass die öffentliche Haltung gegenüber Homosexualität äusserst negativ ist, diese wird als Krankheit interpretiert und Homosexuelle können wegen der Gefahr einer Diskriminierung bei der Arbeit und in der Gesellschaft ihre sexuelle Orientierung nicht öffentlich leben.⁵²

⁴⁹ IWPR, Macedonian Courts in Crisis, 13.6.2003.

⁵⁰ IWPR, Macedonia: New Arrests on Corruption Front, 16. Januar 2003.

⁵¹ US Department of State, a.a.O. S. 16.

⁵² IHF Focus, based on the Annual Report of the Helsinki Committee the Republic of Macedonia, December 2002.

Mazedonien ist nicht mehr nur ein Durchgangsland für Menschenhandel, sondern wurde zur Destination. Das Innenministerium schätzt, dass zwischen 8000 und 18'000 Frauen pro Jahr Opfer des Durchgangshandels sind. Frauen wurden vor allem aus Moldawien, Rumänien, der Ukraine, Kosovo und Kroatien entführt oder dort rekrutiert. Systematische Massnahmen des mazedonischen Staates, um dieser Form der Kriminalität vorzubeugen oder sie zu unterbinden, unterblieben weitgehend. Immerhin kam es zu ersten strafrechtlichen Verurteilungen. In den Frauenhandel waren auch Polizisten involviert.⁵³

5 Sozio-ökonomische Situation

Die bewaffnete Auseinandersetzung im Jahr 2001 bedeutete einen schweren Rückschlag für die mazedonische Wirtschaft. Diese ist in einem schlechten Zustand, der sich weiter verschlechtert.⁵⁴ Unzuverlässige Banken, verbreitete Korruption und fragwürdige Privatisierungspraktiken schrecken ausländische Investoren ab. Allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres verzeichnete Mazedonien ein Handelsdefizit in Höhe von nahezu 237 Millionen US Dollar, nachdem bereits im letzten Jahr ein Rekorddefizit von 800 Millionen US Dollar bekannt gegeben worden war. Falls sich dieser Trend fortsetzt, wird das Land bis zum Ende dieses Jahres ein Handelsdefizit von insgesamt 950 Millionen US Dollar ausweisen (Volumen des gesamten Handelsaustausches in den ersten drei Monaten: 823,8 Millionen US Dollar). Das wirtschaftliche Überleben Mazedoniens hängt von zwei Faktoren ab: Der informellen Ökonomie einerseits und beträchtlichen Einnahmen in harter Währung aufgrund der Tatsache, dass viele MazedonierInnen (vor allem AlbanerInnen) im Ausland leben und arbeiten. Wichtigste Handelspartner Mazedoniens sind die EU-Staaten und die Staaten Ex-Jugoslawiens.

Der Durchschnittslohn liegt bei 150 Euro. Der niedrige Lebensstandard und die hohe Arbeitslosenrate verursachen verschiedentlich soziale Unruhen. Die Arbeitslosenquote wird je nach Quelle mit 35 bis 50 Prozent angegeben⁵⁵ und ⁵⁶. Es ist damit zu rechnen, dass sie im Zusammenhang mit der Schliessung von defizitären Unternehmen und der Einführung proportionaler ethnischer Beschäftigung im öffentlichen Sektor eher noch steigen wird. Schliessungen verschiedener Betriebe und Privatisierungsprozesse führten zu häufigen Streiks, die durch Polizei und private Sicherheitsdienste unterbunden wurden.

Etwa 78 000 Haushalte mit vier Familienmitgliedern erhielten Sozialunterstützung in Höhe von rund 60 Euro. Nach Untersuchungen lebt jede/r fünfte BürgerIn unter unterhalb der Armutsgrenze.

Breite Segmente der mazedonischen Bevölkerung können als sozial verletzlich klassifiziert werden. Statistiken zeigen, dass extreme Armut unter ländlichen Familien in bergigen Regionen ohne Zugang zu Basisdiensten und -gütern am häufigsten ist.⁵⁷ Ein Armutsrisiko bildet eine geringe Schulbildung. Besonders Mädchen fallen aus den Schulprogrammen und bleiben sogar ohne Primarschulbildung. Desolat ist die Situation behinderter Kinder, von Waisenkindern und Kindern, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind.

⁵³ IHF Focus, a.a.O.

⁵⁴ IHF Focus, a.a.O.

⁵⁵ Relief Web, OCHA, Former Yugoslav Republic of Macedonia: Humanitarian Strategy – 2003, 31.12.2002.

⁵⁶ IHF Focus, a.a.O.

⁵⁷ Relief Web, OCHA, a.a.O.



Mit der Annahme der Verfassung im Jahr 1991 konnte alle jugoslawische BürgerInnen, die legalen Wohnsitz in Mazedonien hatten, durch einfachen Antrag MazedonierInnen werden. Dennoch blieb die ungeklärte Nationalität vieler ein ungelöstes Problem. Personen ohne eindeutige Nationalität bleiben ohne zivile, politische, ökonomische und soziale Rechte, ohne Identitätspapiere, Arbeitserlaubnis, Sozialunterstützung, sie sind nicht als Arbeitslose registriert und nicht krankenversichert. Der Staat betrachtet sie als legale oder illegale AusländerInnen. Kinder von Personen in diesem statuslosen Zustand teilen dieses Schicksal. Selbst wenn ihnen erlaubt wird, die Schule abzuschliessen, erhalten sie keine Abschlusszeugnisse.

6 Humanitäre Situation

Schrumpfende Budgets, ethnische Teilung und geographische Verschiedenheiten haben negativen Einfluss auf den Zugang zu wesentlichen Diensten. Das gilt besonders für die Verletzlichsten.

6.1 Ethnische Minderheiten

Die interethnischen Beziehungen sind noch immer vom militärischen Konflikt überschattet. Während das Ohrid-Abkommen auf die Beziehungen zwischen AlbanerInnen und ethnischen MazedonierInnen fokussiert war, ignorierte es weitgehend das Schicksal der anderen Minderheiten, der Roma, Türken, Vlachen und Gorani. Deren Situation verschlechterte sich eher.⁵⁸ Wo die Zahl der Minderheitenangehörigen im lokalen Bereich mehr als 20 Prozent ausmacht, können alle Minderheiten darauf bestehen, dass ihre Sprache zur Amtssprache wird. Doch erreichen de facto nur albanische Minderheiten einen so hohen Anteil.

Für Minderheiten sind generell Probleme der ungelösten Staatsbürgerschaft und das Fehlen persönlicher Dokumente wesentliche Faktoren, die Einfluss auf ihre Verletzlichkeit haben. Aus Kosovo geflohenen Gorani wurde allerdings gestattet, die mazedonische Staatsbürgerschaft zu beantragen.

Generell schwierig ist die Situation von ethnischen Gemeinschaften in gemischten Siedlungen, besonders auch slawisch-mazedonischen und serbischen, wenn sie in einer klaren Minderheitenposition sind.⁵⁹ Sie erleben subtile oder offene Belästigungen, Vandalismus und Gewalt. Probleme segregierter Gesundheits- und Ausbildungsdienste, Eigentumsprobleme, fehlende ökonomische Möglichkeiten marginalisieren Familien, die isoliert und in einer Aussenseiterposition sind.

6.1.1 Zensus

Im November 2002 fand eine Volkszählung statt, bei der eine Reihe von Unregelmässigkeiten vorkamen. So kam es zu Manipulationen bei der Registrierung von mazedonischen Muslimen als ethnische AlbanerInnen oder TürkinInnen. Die Zählung fand in albanischen Gemeinden teilweise nicht in albanischer Sprache statt. In Skopje wurden ganze Strassen, sogar lokale Gemeinschaften ausser Betracht gelassen, z.B. Roma. Auch gab es keine Volkszäh-

⁵⁸ IHF Focus, based on the Annual Report of the Helsinki Committee, Republic of Macedonia, December 2002.

⁵⁹ Relief Web, OCHA, a.a.O.

lerInnen, die Roma waren und sie hatten keine Formulare bei sich, die für Personen ohne Identitätspapiere gültig waren.⁶⁰ Als Resultat der Zählung wurde vorläufig lediglich bekanntgegeben, dass die Gesamtzahl der EinwohnerInnen Mazedoniens 2'038'059 ist. Davon haben 46'000 Personen ihren Wohnsitz im Ausland. Die genaueren Resultate der Volkszählung wurden nicht veröffentlicht. Es könnte sich bestätigen, dass der Anteil der albanischen Bevölkerung in Mazedonien niedriger liegt als bisher vermutet. Ein solches Ergebnis, das die albanische Seite kaum akzeptieren würde, könnte dem verbreiteten Ärger unter den slawischen MazedonierInnen ein Ventil verschaffen, die sich wegen der albanischen Forderungen schon lange übervorteilt sehen. Der gesamte Friedensprozess wäre erneut in Gefahr.⁶¹

6.1.2 Roma

Offiziell wird der Roma-Anteil mit 2 Prozent angegeben. Die Volkszählung von 1994 ging von 44'000 Roma aus. In Wirklichkeit dürfte die Zahl wesentlich höher sein, da sich viele Roma als AlbanerInnen oder TürkinInnen ausgeben.⁶² Viele Roma sind zudem papierlos. Damit ist für sie der Zugang zur Krankenversicherung oder zu anderen sozialen Leistungen nicht gesichert.

Der bewaffnete Konflikt zwischen albanischen Separatisten und dem mazedonischen Militär erschwerte die Lebensbedingungen der Roma. Es kam zu Vertreibungen, wenn auch nicht in einem mit Kosovo vergleichbaren Ausmass. Tendenziell werden Roma von ethnischen MazedonierInnen als pro-albanisch angesehen, was zur Diskriminierung beiträgt.⁶³

Am 16. November 2001 nahm das mazedonische Parlament Änderungen der Verfassung an. Die neue Präambel gibt den grösseren ethnischen Gruppen, darunter den Roma, den Status eines "Volkes". Eine Minorität muss hingegen mindestens 20 Prozent umfassen, um als relevante administrative Einheit zu gelten mit rechtlichen Konsequenzen für die Sprachregelung. Nur in der Gemeinde Suto Orizari erreichten die Roma mehr als 20 Prozent der lokalen Bevölkerung mit der Folge, dass Romanes in der Verwaltung gesprochen werden könnte. Allerdings handelt es sich bei vielen Roma in dieser Gemeinde um Kosovo-Flüchtlinge, die nur einen temporären Status haben; zudem wurde das Kollektivzentrum inzwischen geräumt (vgl. unten 6.3).⁶⁴

Von allen Minderheitengruppen ist die Situation der Roma am schlechtesten und die Behörden zeigen kein Interesse, das zu ändern. Roma mit Universitätsabschluss fanden keine Stelle im öffentlichen Sektor und Roma konnten nicht als Polizisten arbeiten. Berichte über Polizeibrutalität gegen Roma sind häufig.⁶⁵ Anzeigen gegen Polizisten wegen Übergriffen gegenüber Roma wurden eingestellt und die angezeigten Personen wurden nicht bestraft. Roma haben die höchste Geburts- und Sterblichkeitsquote, die höchste Arbeitslosenquote, die niedrigsten Einkünfte und die schlechteste Ausbildung unter allen ethnischen Gemeinschaften. Soziale Unterstützung durch die Regierung ist marginal. Roma wurden von allen staatlichen Programmen ausgeschlossen, die ihre soziale Stellung hätten verbessern kön-

⁶⁰ IHF Focus, a.a.O.

⁶¹ Tagesspiegel vom 1.4.2003.

⁶² Stephane Laederich, Die Situation in den Balkanländern, SFH, Bern, April 2003, S. 20.

⁶³ Stephane Laederich, a.a.O., S. 21.

⁶⁴ ERRC, Roma Rights, Snapshots, 8. Mai 2002.

⁶⁵ ERRC, Roma Rights, Police Violence against Romain Macedonia, Nr. 1 – 2, 2003.

nen.⁶⁶ In einer besonders verletzlichen Situation sind die aus Kosovo geflohenen oder vertriebenen Roma (vgl. unten 6.3).

6.2 Intern Vertriebene

Während des Konflikts im Jahr 2001 waren insgesamt 170'000 Personen, etwa 8 Prozent der Bevölkerung, vertrieben worden, davon waren 70'000 intern Vertriebene (Internally displaced persons, sog. IDPs). Diese Zahl reduzierte sich auf 9'500 Personen im November 2002 und scheint sich in dieser Grössenordnung stabilisiert zu haben. Am 1. April 2003 waren nach Angaben des UNHCR 9'442 Personen als intern Vertriebene gemeldet. Die genaue Zahl ist schwierig zu bestimmen, weil es Vertriebene gibt, die noch nicht registriert sind.⁶⁷ Die meisten von ihnen können nicht heimkehren, weil ihre Häuser schwer beschädigt oder vollkommen zerstört sind oder weil sie mit der Sicherheitssituation in ihrer Heimatregion unzufrieden sind und Angst haben, zurückzukehren.

Die meisten intern Vertriebenen wurden in überfüllten Kollektivzentren untergebracht und lebten unter schlechten sanitären Bedingungen. Humanitäre Unterstützung wurde durch ausländische Organisationen geleistet, doch ist diese heute weitgehend eingestellt. Die Rückkehr scheitert auch daran, dass viele der zerstörten Häuser nicht wiederaufgebaut sind und dass elementare infrastrukturelle Massnahmen unterblieben. Leben, Eigentum und Sicherheit der Vertriebenen an einigen Orten sind nicht gewährleistet.⁶⁸ Die meisten der verbliebenen IDPs stammen aus der Kumanovo-Region und dem Gebiet um Tetovo.

Das Ohrid-Abkommen sah keine Lösungen für die intern Vertriebenen vor. Tatsächlich blieb ihnen in der Praxis als einzige Lösung die Rückkehr an ihren Herkunftsort. Der mazedonische Staat bestand unter Einsatz von Druckmitteln darauf, dass die Vertriebenen so schnell wie möglich an ihre Herkunftsorte zurückkehrten. Zugleich fühlte er sich nicht zuständig, minimale Voraussetzungen für die Rückkehr zu schaffen: Wiederaufbau, Kompensation für zerstörte Felder und getötetes Vieh oder Aufbau der nötigen Infrastruktur. Manche reparierten Häuser ethnischer MazedonierInnen und SerblInnen wurden inzwischen wieder ausgeraubt oder zerstört, besonders in den Dörfern Jedoarce, Otunje, Setole und Aracinovo.⁶⁹ Nachts gibt es in diesen Ortschaften keine Sicherheitskräfte und die Häuser der Vertriebenen sind ungeschützt. Während des Konflikts waren 650 MazedonierInnen aus Aracinovo vertrieben worden und 60 Häuser wurden beschädigt oder zerstört. Das Dorf hatte 1500 Haushalte, davon 173 slawische MazedonierInnen. Inzwischen zählt die Gemeinde 11'000 EinwohnerInnen gezählt, alle sind AlbanerInnen. Offensichtlich gehen ältere slawische MazedonierInnen tagsüber zu ihren Häusern und versuchen, ihren Besitz zu verkaufen. Auch das Dorf Jelosnik in der Tetovo-Region, das ursprünglich ausschliesslich von ethnischen MazedonierInnen bewohnt wurde, sah viele Beschädigungen der reparierten Häuser und der orthodoxen Kirche. Die BewohnerInnen des Dorfes leben noch immer lieber in provisorischen Unterkünften als intern Vertriebene. Die Limiten des Schutzes durch die ethnisch gemischten Patrouillen, die nachts nicht präsent sind, werden in solchen Dörfern besonders sichtbar.

⁶⁶ IHF, Annual Report of the Helsinki Committee the Republic of Macedonia, Dezember 2002.

⁶⁷ UNHCR, Office of the Chief of Mission in Bosnina and Herzegovina, Estimate of displaced persons as of 1 April 2003.

⁶⁸ IHF, Annual Report of the Helsinki Committee the Republic of Macedonia, Dezember 2002, S. 10.

⁶⁹ IWPR, "Extremists" target Macedonian Homes, 28.2.2003.

Das UNHCR und verschiedene europäische Regierungen waren an der Wiederherstellung der weniger beschädigten Häuser beteiligt, während die Europäische Agentur für Wiederaufbau die schwer beschädigten Häuser in Stand stellte. Ende Oktober 2002 waren 5600 von insgesamt 7000 beschädigten Häusern wiederhergestellt.⁷⁰

6.3 Flüchtlinge aus Kosovo

Bei den Flüchtlingen aus Kosovo handelt es sich vor allem um Roma (bzw. Ashkali, ÄgypterInnen), Gorani und SerbInnen. Die politische Unterstützung seitens des mazedonischen Staates für eine lokale Integration dieser Flüchtlinge ist marginal.⁷¹ Roma-Flüchtlinge aus Kosovo leben in äusserstem Elend, ohne medizinische Versorgung, elementare hygienische Bedingungen, Betreuung und Ausbildung der Kinder.

Die circa 2700 Roma, Ashkali und Ägypter aus Kosovo haben einen temporären Status, der alle sechs Monate überprüft wird. Sie dürfen nicht arbeiten, können ihren Lebensunterhalt nicht verdienen und sind somit von internationaler humanitärer Hilfe abhängig. Personen, die einen temporären Status haben, können nach dem mazedonischen Recht kein Asylgesuch stellen. Eine Unterbringung erfolgt entweder in Kollektivzentren oder privat. Die Kollektivzentren werden jedoch zunehmend geschlossen oder sind bereits geschlossen worden. Die Rückkehr nach Kosovo ist wegen fehlender Möglichkeiten, geschützt zu werden, nicht möglich. Mit Rücksicht auf die Dauer des Lebens in der Vertreibung ohne elementare Rechte empfahl UNHCR der Regierung die Erteilung von Niederlassungsbewilligungen, verbunden mit dem Recht, arbeiten und sich frei bewegen zu dürfen.

Die Anwesenheit der Kosovo-Roma in Mazedonien ist speziell unter der albanischen Bevölkerung, die die kosovo-albanische Sicht auf die Roma teilt, nicht erwünscht. Auch slawische MazedonierInnen zeigten sich irritiert über die neu Zugezogenen, von denen viele in Skopje leben. Da Roma ohnehin auf der untersten Stufe der sozialen Hierarchie angesiedelt sind, ist zu den einheimischen Roma eine Gruppe von noch ärmeren Personen hinzugekommen.

Seit 1999 lebten Roma, Ashkali und ÄgypterInnen aus Kosovo vor allem in den beiden Kollektivzentren Katlanovo und Suto Orizari in Skopje (über 1400 Personen noch im April 2003), während ein anderer Teil bei Gastfamilien untergebracht war. Die Bedingungen in den Camps waren deutlich unter üblichen Standards und es kam schon im Verlauf des Jahres 2002 zu Protesten der Roma vor dem UNHCR-Gebäude. Das Flüchtlingslager Suto Orizari, das vor allem Kosovo-Roma beherbergte, sollte nach den Plänen des UNHCR am 3. April 2003 geschlossen werden und die BewohnerInnen sollten in private Unterkünfte umgesiedelt werden. Am 26. März 2003 begann die Räumung des Lagers trotz vehementer Proteste der LagerbewohnerInnen. Sie verlangten entweder eine kollektive Rückkehr nach Kosovo unter internationaler Sicherheitsgarantien oder Transfer in ein Drittland, wo sie eine sicherere und dauerhafte Bleibemöglichkeit hätten. Ca. 600 bis 700 Roma aus dem Lager Suto Orizari, darunter 350 Kinder, begaben sich zur griechischen Grenze, wo sie am 19. Mai 2003 ankamen. Seither verbrachten sie ihren Aufenthalt anfangs unter freiem Himmel, später in einem Zeltlager an der Grenze zu Griechenland (Mejchitlija). Sie weigerten sich, nach Suto Orizari zurückzukehren. Grund war die Furcht, zwangsweise nach Kosovo abgeschoben zu werden. Unter Vermittlung des UNHCR, des EU-Parlaments und mazedonischen Regierungsvertretern gelang es am 12. August 2003, die Roma zum weiteren Auf-

⁷⁰ US Department of State, Country Reports on Human Rights Practices, Macedonia, 2002, S. 12.

⁷¹ Relief Web, OCHA, a.a.O.

enthalt in Mazedonien zu bewegen, teils wieder in Kollektivzentren, teils privat. Eine zufrieden stellende Lösung ist derzeit nicht gefunden.

6.4 Medizinische Situation

Geplante und ungeplante Veränderungen bedingt durch den Übergang Mazedoniens in die Unabhängigkeit, das Embargo und der bewaffnete Konflikt haben das Land vor grosse Herausforderungen gestellt. In den vom Konflikt betroffenen Gebieten waren eine Mehrzahl der Kliniken reparaturbedürftig und musste etwa ein Drittel wiederaufgebaut werden. Grosse Unterschiede bestehen zwischen der Gesundheitsversorgung in städtischen und ländlichen Gebieten.⁷² Daneben gibt es Finanzierungsprobleme und eine Überbetonung der sekundären Versorgung. Es existiert eine obligatorische Versicherung für die Basis-Gesundheitsversorgung, darüber hinaus werden direkte Zahlungen verlangt.⁷³

Die Krankenversicherung gilt für alle ausser für staatenlose oder nicht registrierte Personen oder SozialhilfeempfängerInnen, die staatliche Hilfe erhalten. Doch spielen auch die direkten Zahlungen eine sehr grosse Rolle. Die durch die Krankenversicherung erfassten Leistungen sind periodische Untersuchungen, präventive Gesundheitsvorsorge wie Impfungen, Erstversorgung, Notfallhilfe, Schwangerschaftsbetreuung, verschiedene Zahnbehandlungsmethoden und pharmazeutische Produkte sowie stationäre Behandlungen. Chirurgen erheben von PatientInnen zusätzlich informelle Zahlungen, 45 Prozent der Kosten der Behandlungen müssen nach einer Schätzung privat bezahlt werden.⁷⁴ Die Ärzte haben Einkommen (12'000 bis 18'000 Dinar), die nicht wesentlich höher sind als die der Rentner (10'000 Dinar), so dass es auf der Hand liegt, dass Ärzte sich zusätzliche Einnahmequellen beschaffen. Sie mögen solche Forderungen vor sich damit rechtfertigen, dass sie in Mazedonien geblieben sind statt lukrativere Anstellungen in Westeuropa zu suchen.

Die sekundäre Versorgung erfolgt in ärztlichen Zentren, die auch Polikliniken und andere Kliniken umfassen. Diese Zentren bieten spezialisiertere Behandlungen, Untersuchungen und Rehabilitationen an. Notfalldienste gibt es in diesen Zentren nicht, sondern diese arbeiten nur im Rahmen der Primärversorgung. Die einzige spezialisierte Stelle für Unfall- und Notfallversorgung existiert in Skopje. Eine akute psychiatrische Versorgung geschieht meist in den Allgemeinkrankenhäusern. Es gibt 5,2 Spitalbetten pro 1000 Einwohner, was niedriger ist als in den meisten mitteleuropäischen und osteuropäischen Staaten. 16 Allgemeinkrankenhäuser bieten wenigstens fünf Spezialisierungen an: Innere Medizin, Pädiatrie, Geburtshilfe und Gynäkologie sowie Anästhesiologie. Drei Kliniken haben eine psychiatrische Spezialisierung: Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer dort liegt bei über 300 Tagen.

Alle tertiären Gesundheitsinstitutionen befinden sich in der Hauptstadt Skopje. Sie decken Forschung und Lehre ab und bieten im übrigen sekundäre Versorgung. Das klinische Zentrum in Skopje steht an der Spitze der Pyramide mit 18 Kliniken und Instituten und über 2000 Betten. Mehr als die Hälfte der PatientInnen kommt von ausserhalb Skopjes.

Privatkliniken gibt es nicht in Mazedonien, jedoch über 1500 private Gesundheitsinstitutionen, darunter Dentalpraktiken, Apotheken, Allgemeinpraktiken und biochemische Laboratorien.

⁷² Relief Web, OCHA, a.a.O.

⁷³ Zur Struktur des mazedonischen Gesundheitssystems: European Observatory on Health Care Systems, HiT Summary, The former Yugoslav Republic of Macedonia, 2002.

⁷⁴ European Observatory on Health Care Systems, HiT Summary, a.a.O.

Eine Sozialfürsorge ist schwach entwickelt. Ältere Personen werden entweder von der Familie versorgt oder in Spitalbetten langfristig untergebracht, für die Hotelgebühren berechnet werden. Geistig oder körperlich Behinderte leben als Sozialfälle in Institutionen und erhalten Beihilfen.

Weniger als die Hälfte der pharmazeutischen Versorgung geschieht durch den Staat. Private Pharmazien und Grosshändler bieten Medikamente verbilligt an. Die Positiv-Liste (enthält Medikamente, die von der Versicherung auf ärztliche Verschreibung zumindest teilweise übernommen werden) beschränkt sich auf die primäre Gesundheitsversorgung.

Nach dem bewaffneten Konflikt ist die Zahl der Selbstmorde in Mazedonien um ein Drittel gestiegen verglichen mit der Zeit vor 2001. Dies wird mit der schwierigen ökonomischen Lage und Post-Konflikt-Traumatisierungen in Verbindung gebracht.⁷⁵ Die Selbstmordzahlen stiegen auffällig in ärmeren Regionen. Ungefähr 37 Prozent der Personen, die sich das Leben nehmen, sind als arbeitslos gemeldet. Suizid ist die dritthäufigste Todesursache unter jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren.

6.5 Ausbildung

Ausbildung in Schulen und Universitäten ist in Mazedonien ein brisantes Thema, was sich in einer Vielzahl von Konflikten um Unterrichtssprache, gemeinsamen Unterricht und dem Streit um Symbole der jeweils eigenen Kultur zeigt. Interethnische Konflikte sind an mazedonischen Schulen alltäglich. Sie setzen ein, nachdem die albanischen Gemeinschaften verlangten, dass die Schulen albanische Kultur und deren Repräsentanten widerspiegeln sollten. Neben dieser Variante eines "Kulturkriegs" gab es verschiedenste Proteste, Streiks und gewaltsame Zwischenfälle.⁷⁶ Schulprobleme im ethnisch gemischten Kumanovo begannen im September 2001 nach dem Ende des bewaffneten Konflikts und setzen sich seither fort. Albanische SchülerInnen weigerten sich aus Angst um ihre Sicherheit, die Klassenräume der Sekundarschule in ethnisch-mazedonisch dominierten Gebieten zu betreten. Als am 13. Mai 2003 etwa 100 albanische SchülerInnen die Schule betreten wollten, waren die Türen verriegelt. Zuvor war es zu gegenseitigen Provokationen der ethnisch-mazedonischen und der albanischen Schülerschaft gekommen. Die Proteste führten zu Blockaden der Autobahn. In Tetovo kam daraufhin am 16. und 17. Mai 2003 zu einer Schlägerei zwischen 1000 SchülerInnen aus beiden Bevölkerungsgruppen im Zentrum Tetovos. Viele wurden verletzt, zwei schwer. Mazedonien war plötzlich wieder inmitten einer schweren interethnischen Krise.⁷⁷

In Primarschulen gibt es Unterricht auf Mazedonisch, Albanisch, Türkisch und Serbisch. Auf der Sekundarstufe fehlt es an einem vergleichbaren Angebot. Proteste und Hungerstreiks von Eltern spielten sich in Kumanovo ab, nachdem sich auf lokaler Ebene mazedonische Stellen weigerten, die Schüler in einer albanischen Schule zu unterrichten. Auf der universitären Stufe bleiben die Minderheiten unterrepräsentiert, auch wenn es in den Universitäten Skopje und Bitola erleichterte Zulassungsbedingungen für Minderheitenangehörige gibt.⁷⁸

Trotz fehlender staatlicher Finanzierung bevorzugten die ethnischen AlbanerInnen das Studium an den 13 Fakultäten der albanisch-sprachigen Tetovo-Universität gegenüber den bei-

⁷⁵ IWPR, Macedonia: Suicide on the Rise, 10.12.2002.

⁷⁶ Kosova-Info-Line, 26.5.2003.

⁷⁷ TOL, Week in Review, 20- 26 May 2003, Macedonia: The Segregation Solution

⁷⁸ UK Home Office, 2002, State Structures, S.7.

den staatlichen Universitäten, in denen sie in mazedonischer Sprache unterrichtet werden. Die mazedonische Regierung erklärte sich im März 2003 in einer Verlautbarung des (albanischen) Erziehungsministers dazu bereit, die Tetovo-Universität – seit langem ein Zankapfel zwischen AlbanerInnen und der slawisch-mazedonischen Mehrheit – zu legalisieren und damit anzuerkennen, dass es ein klares Bedürfnis für höhere Bildungsinstitutionen für AlbanerInnen gebe. Die für September 2003 in Aussicht gestellte Legalisierung der Tetovo-Universität bringt die bislang noch versagte Anerkennung der Abschlusszeugnisse der albanischen Studenten.⁷⁹

7 Zusammenfassung

Die Umsetzung des Ohrid-Abkommens ist eine Aufgabe, von der der gesamte Friedensprozess in Mazedonien abhängt. Ein Gelingen dieses Prozesses ist offen, da die einzelnen Schritte erfordern beträchtliche Opfer von den Vertragsparteien verlangen. Die vorgesehene Erhöhung des Anteils albanischer Angestellter in Administration und Polizei wie auch weitere Veränderungen werden nur auf Kosten der slawisch-mazedonischen Bevölkerung möglich sein. Die Unzufriedenheit mit dem Abkommen selbst und mit dem Tempo seiner Umsetzung ist im Zunehmen begriffen. Sowohl innerhalb der albanischen als auch der slawisch-mazedonischen Gemeinschaft finden sich extreme Positionen, die aus dieser Unzufriedenheit politisches Kapital schlagen wollen. In diesem Zusammenhang sind die früheren Regierungsparteien VMRO-DPMNE und die albanische DPA zu nennen. Die albanische Untergrundarmee AKSh hält das Ohrid-Abkommen ohnehin für irrelevant und sucht die albanische Bevölkerung für einen offenen Konflikt zu mobilisieren.

Die Sicherheitssituation vor allem in Westmazedonien ist gespannt. Grosse Bereiche in ethnisch-albanisch dominierten Regionen bleiben ausserhalb der gesetzlichen Kontrolle. Eine Überfülle an Waffen und kriminelle Banden gefährden die Sicherheit. Ethnisch gemischte Polizeipatrouillen sind nachts nicht präsent und können gefährdete Personen nicht schützen.

Im Zusammenhang mit der Menschenrechtssituation werden von verschiedenen Organisationen polizeiliche Übergriffe bei Festnahmen oder in der Untersuchungshaft kritisiert. Bei diesen Übergriffen scheint es insofern eine ethnische Komponente zu geben, als im Vorgehen gegen Minderheiten (vor allem AlbanerInnen und Roma) die muslimische Religion und/oder die ethnische Zugehörigkeit primäre Auslöser der Misshandlungen waren.

Generell schwierig ist die Situation von isolierten ethnischen Gemeinschaften in gemischten Siedlungen des ehemaligen Konfliktgebiets, vor allem wenn sie eine Minderheit bilden. Sie erleben subtile oder offene Belästigungen, Vandalismus und Gewalt. Zwar konnten weitaus die meisten intern Vertriebenen inzwischen zurückkehren, doch sehen sich immer noch ca. 9500 Personen wegen der Zerstörung ihrer Häuser oder wegen Sicherheitsproblemen ausserstande, heimzukehren.

In einer besonders verletzlichen Situation sind Flüchtlinge aus Kosovo. Es handelt sich bei ihnen vor allem um Roma, die in Mazedonien einen temporären Status haben. Sie sind nur dann bereit, nach Kosovo zurückzukehren, wenn ihnen internationale Sicherheitsgarantien gegeben werden. Zu solchen Garantien sieht sich die UN-Verwaltung in Kosovo nicht in der Lage. In Mazedonien sind die Flüchtlinge in einer sehr prekären Lage, sie haben einen tem-

⁷⁹ IWPR, Macedonia: Albanian Education Coup, 11.4.2003.



porären Status, dürfen nicht arbeiten und sind von internationaler humanitärer Hilfe abhängig, die immer mehr zurückgeht. Sie leben in grossem Elend, ohne elementare hygienische Bedingungen und ausreichende medizinische Versorgung.

Anhang

Links-Sammlung zu Mazedonien:

<http://www.ecoi.net/documents.php?gp=1&iflang=de&country=MK&start=10>

Weitere Links:

04.08.2003 Freedom House: "Nations in transit 2003: Macedonia":
<http://www.freedomhouse.org/research/nitransit/2003/macedonia2003.pdf>

Freedom House: "Freedom in the World 2003", Annual survey of political rights and civil liberties:
<http://www.freedomhouse.org/research/freeworld/2003/countryratings/macedonia.htm>

29.05.2003 US Committee for Refugees (USCR) "World Refugee Survey 2003":
<http://www.refugees.org/downloads/wrs03/EU3GreeceToPoland.pdf>

Amnesty International, Jahresbericht 2003 (Berichtszeitraum 2002):
<http://www2.amnesty.de/internet/deall.nsf/c1070c04ee5add56c12567df002695be/0e9ba9a4d3175d13c1256d3200459ddf?OpenDocument>

International Helsinki Federation for Human Rights: "Human Rights in the OSCE Region: Macedonia": http://www.ihf-hr.org/viewbinary/viewdocument.php?doc_id=2258

April 2003, UK Home Office, Country Assessment:
http://www.ecoi.net/pub/ds534_02716mac.htm

31.03.2003 US Department of State: "Country Reports on Human Rights Practices - 2002":
<http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2002/18379.htm>

22.01.2003 Amnesty International "Former Yugoslav Republic of Macedonia: Police allegedly ill-treat members of ethnic minorities" 6 cases of alleged ill-treatment and torture of ethnic minority members by police officers documented in a special report:
<http://web.amnesty.org/library/Index/engEUR650012003?OpenDocument&of=COUNTRIES\MACEDONIA?OpenDocument&of=COUNTRIES\MACEDONIA>

1.10.2002, European Stability Initiative, Ahmetis Village, The political economy of interethnic relations in Macedonia:
http://www.esiweb.org/reports/macedonia/showdocument.php?document_ID=36